

REICHSBÜRGER: SPINNER, QUERULANTEN UND RECHTSEXTREME TUMMELN SICH IN DER SZENE

Die neue Gefahr

VON NORBERT HOLST
UND MILAN JAEGER

Es war Mitte Oktober um sechs Uhr morgens im fränkischen Georgensgmünd: Beamte eines Sondereinsatzkommandos stürmen das Haus von Wolfgang P. und rennen in den ersten Stock. Sie werden mit Schüssen empfangen. P. zielt aus seiner Wohnung durch die geschlossene Tür – mit Schutzweste und Pistole in der Hand hat er die Einsatzkräfte erwartet. Die Kugeln treffen einen Polizeibeamten an Helm, Ellenbogen und oberhalb der Schutzweste. Lebensgefährlich verletzt bricht der 32-Jährige zusammen – Not-OP. Einen Tag später erliegt er seinen schweren Verletzungen. Dasa Sonderkommando sollte 31 Kurz- und Langwaffen beschlagnahmen, die der Täter in seiner Wohnung gehortet hatte. Dem Mann waren Jagdschein und Waffenbesitzkarte aberkannt worden.

Wolfgang P. war ein bekennender Reichsbürger. Auf seiner Facebook-Seite gab der 49-Jährige Einblicke in sein Leben. Dort präsentierte sich ein lächelnder Mann mit kurz-rasierten Haaren und Krawatte. P. isst offenbar gern Pizza und hört neben Xavier Naidoo auch Musik von Liedermachern wie Konstantin Wecker oder Hans Söllner. Soweit nichts Ungewöhnliches. Allerdings: P. macht in seinen Facebook-Einträgen keinen Hehl daraus, dass in seinen Augen die Bundesrepublik Deutschland nicht existiert.

Schlichte Ideologie

Die Ideologie ist schlicht: In den Köpfen vieler Reichsbürger hat das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 überlebt. Sie erkennen die Bundesrepublik Deutschland nicht an, sprechen von der Firma „BRD GmbH“, deren Vorsitzende Angela Merkel sei. Für diese Menschen ist Deutschland fremdbeherrscht. Nicht mehr durch fremde Militärs wie nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern durch willige Statthalter in Politik, Justiz und Wirtschaft, die nach der Pfeife der Amerikaner tanzen. Als „echter Deutscher“ setzt man sich dagegen natürlich zur Wehr: Reichsbürger fahren ohne Führerschein, verweigern Steuerzahlungen, zerreißen amtliche Schreiben. Stattdessen sind sie mit Fantasieausweisen oder dem „Reichsführerschein“ unterwegs.

Das vereinende Motiv der Bewegung ist die Ablehnung der Bundesrepublik. Ansonsten verbirgt sich dahinter eine kunterbunte Truppe. Darunter sind Rechtsextremisten, Ultrakonservative, Esoteriker, radikale Evangelisten und Anhänger von Verschwörungstheorien. Letztere glauben zum Beispiel daran, dass die Regierung das Wetter oder die Psyche der Bürger dadurch manipuliert, dass sie Chemikalien am Himmel versprüht (Chemtrails).

Die Reichsbürger wirkten lange Zeit auf den ersten Blick schrullig, gleichzeitig gal-



Viele Reichsbürger drucken sich ihre eigenen „Ausweisdokumente“. Sie erkennen die Bundesrepublik und ihre Behörden nicht an.

FOTO: DPA

ten sie als harmlos. Und so waren sie kein Thema für die Sicherheitsbehörden, obwohl es in ihren Kreisen immer wieder Aufrufe zur Gewalt, Holocaust-Leugnung und Propaganda für Neonazis gegeben hat. Im Jahresbericht 2015 des Bundesamtes für Verfassungsschutz etwa ist kaum eine Zeile über die Bewegung zu finden. Doch die tödlichen Schüsse von Georgensgmünd haben das Gewaltpotenzial von Reichsbürgern offenbart und Politik, Polizei und Verfassungsschutz alarmiert. So warnt der Extremismusforscher Matthias Quent in einem Interview im Internet-Forum „Blick nach rechts“: „Die Gefahr für Repräsentanten des Staates durch selbst ernannte Reichsbürger ist deshalb viel grö-

ßer als bei rassistischen oder rechtspopulistischen Bewegungen, weil sie eben diesem Staat die Legitimität absprechen.“

Mittlerweile vergeht kaum eine Woche, in der das extreme Verhalten von Reichsbürgern nicht für Schlagzeilen sorgen: Im emsländischen Sögeln kommt es Mitte November zu einem Handgemenge zwischen einem Reichsbürger und sechs Polizisten. Der Mann zielt mit Pfefferspray auf die Beamten und verletzt sie. Gegen den 42-Jährigen lag ein Haftbefehl vor. Ebenfalls im November hat in Itzehoe ein Rechtsnationaler einen Polizisten geschlagen. Er war in der Nacht mit 1,1 Promille Atemalkohol und ohne Führerschein am Lenkrad erwischt worden. Eine Woche zuvor hatte die Polizei in Solingen das beachtliche Waffen-Arsenal von zwei radikalen Nationalisten ausgehoben: Zwölf Gewehre zum Teil mit Zielfernrohr, neun Pistolen, drei Luftdruckwaffen, eine halb-automatische Schusswaffe, eine „Saufeder“ (kurzer Spieß zum Töten eines angeschossenen Wildschweins) und mehr als 20 000 Schuss Munition stellten die Beamten sicher.

Bundesjustizminister Heiko Maas will nun das Waffenrecht verschärfen, damit die Extremisten nicht mehr in den Besitz von Waffen kommen können. Der SPD-Politiker und mehrere Länderinnenminister wollen prüfen, ob es künftig vor der Erlaubnis des Waffenbesitzes eine Regelnfrage beim Verfassungsschutz geben soll. „Eigentlich müsste man Vorkehrungen schaffen, dass solche Menschen am extremistischen Rand unserer Gesellschaft überhaupt nicht in den Besitz von Waffen kommen können“, sagt Maas. Allerdings kommt Kritik aus der CDU an dem Vorstoß: Damit würden auch Schützen und Jäger unter Generalverdacht gestellt.

Ohnehin ist es schwer, die Szene zu überblicken. Reichsbürger sind eher Einzelkämpfer, gelten aber als extrem gut vernetzt. Wenn überhaupt, organisieren sie sich in kleinen Zirkeln, wie etwa die Anhänger des „Königreichs Deutschland“ in Wittenberg, das übrigens mit einer eigenen „Staatsbank“ und „Königlicher Akademie“ ausgestattet

ist. Kommuniziert wird überwiegend im Internet über einschlägige Foren wie „Der Honigmann sagt“. Über die Stärke der Bewegung gibt es nur Schätzungen. Laut Bayerns Innenminister Joachim Herrmann soll es allein in Bayern mehr als 1700 Anhänger geben. Doch diese Zahl sei „noch nicht abschließend“, räumt der CSU-Politiker ein. Das Bundesinnenministerium spricht mittlerweile von mehreren Tausend Reichsbürgern in Deutschland. In Bremen gehen Innenbehörde und Verfassungsschutz momentan von rund „zwei Handvoll“ Reichsbürgern aus. Laut der Sprecherin der Innenbehörde, Rose Gerdts-Schiffler, stehen diese Personen unter der Beobachtung der Staatsapparate. Ihre Anzahl könne sich in der nächsten Zeit erhöhen, da die Behördenmitarbeiter jüngst Handlungsempfehlungen zu Reichsbürgern bekommen hätten.

Amts-Mitarbeiter beraten

„Mitarbeiter des Stadtmates, die häufiger mit Reichsbürgern zu tun haben, wurden über den Umgang mit ihnen beraten“, sagt Gerdts-Schiffler. Die Sensibilisierung könne dazu führen, dass sich die Zahl der als Reichsbürger einzuordnenden Personen erhöhe. Unter Beobachtung stehen die Bremer Reichsbürger laut der Sprecherin von Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) seit 2014. Im vergangenen August gab es bei einem von ihnen in Bremen-Nord eine Zwangsraumdung. Er hatte Mitstreiter um Unterstützung gebeten und zehn bis 15 Personen folgten seinem Aufruf. Letztlich konnte die Räumung aber „ohne weitere Vorkommnisse“ durchgesetzt werden, sagt Gerdts-Schiffler.

Vier der bekannten Bremer Reichsbürger besitzen einen kleinen Waffenschein. Dieser berechtigt zum Tragen einer Schreckschusswaffe. Ob es möglich ist, ihnen diesen zu entziehen, prüfen die Behörden derzeit. Da Reichsbürger die Rechtsordnung der Bundesrepublik nicht anerkennen, ist fraglich, ob sie die waffenrechtlichen Regeln akzeptieren. Für den Entzug des Waffenscheins „müssen Hinweise vorliegen, dass die Betroffenen zu den Reichsbürgern gehören und

dass sie Waffen missbräuchlich oder leichtfertig verwenden“, erläutert Gerdts-Schiffler. Die Behörden prüfen auch, ob es Reichsbürger im Öffentlichen Dienst gibt. „Zumindest bei der Polizei bestehen dafür derzeit keine Anhaltspunkte“, sagt die Sprecherin.

In Niedersachsen steht nur eine Gruppe der Reichsbürger unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes. Die Rede ist von der Gruppierung „Exilregierung Deutsches Reich“. 25 Personen werden zu dieser gezählt. 2004 gründete sich die „Exilregierung“ in Hannover. Laut Frank Rasche, Sprecher des niedersächsischen Verfassungsschutzes, strebt die Gruppierung „die Reorganisation des ‚Deutschen Reiches‘ in den Grenzen von 1937 an“. Außerdem verunglimpfe sie die Bundesrepublik Deutschland als „Besatzungskonstrukt“ und veröffentliche auf ihrer Internetseite mitunter antisemitische und fremdenfeindliche Verschwörungstheorien. Zwar verfüge die Gruppe über verfestigte Strukturen, die Aktivitäten beschränkten sich aber auf mehr oder weniger regelmäßige Treffen.

„Eine umfassende Bestandsaufnahme der Reichsbürger in Niedersachsen befindet sich derzeit noch im Anfangsstadium“, teilt Rasche mit. Ihre Anzahl dürfe aber nach der derzeitigen Einschätzung mehrere Hundert Personen umfassen. Wie viele Personen davon rechtsextrem eingestellt oder gewaltbereit sind, wissen die Verfassungsschützer nicht. Erkenntnisse über die Entstehung einer bewaffneten Bewegung lägen derzeit aber nicht vor. Dennoch prüfen die Sicherheitsbehörden, die Beobachtung der „Exilregierung Deutsches Reich“ auf die gesamte niedersächsische Szene auszuweiten. Hierfür wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt.

Das weite Spektrum innerhalb der Reichsbürger-Szene macht es so schwer, den richtigen Umgang mit ihr zu finden. Der Fall Wolfgang P. zeigt aber, dass man die Reichsbürger nicht länger als harmlose Spinner abtun kann. Die wirklich Gefährlichen nutzen nämlich den Deckmantel „Reichsbürger“ für ihre bedrohlichen Aktivitäten aus.



Der selbst ernannte „König von Deutschland“, Peter Fitzek, trägt dieses aufgestickte Wappen auf seinem Hemd. Fitzek soll 1,3 Millionen Euro veruntreut haben. Wie Fitzek sehen sich auch andere Reichsbürger als rechtmäßige Vertreter des Deutschen Reichs an.

FOTO: PICTURE ALLIANCE

Behauptungen und Tatsachen

Das Deutsche Reich existiert noch heute. Dreh- und Angelpunkt des Weltbildes der Reichsbürger ist die Behauptung, dass das Deutsche Reich fortbestehe. Dieser Argumentation zufolge wurde die Weimarer Reichsverfassung weder von den Nationalsozialisten noch von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs abgeschafft. Hieraus folgern die Reichsbürger, dass die Bundesrepublik kein souveräner Staat, sondern eine alliierte Fremdherrschaft ist. Ihre Vertreter und Behörden werden nicht anerkannt und ihr Handeln als illegitim angesehen. Als Grenzen des Deutschen Reiches ziehen die Gruppierungen meist die von 1937 heran. Einige sehen sich selbst als rechtmäßige Vertreter des Deutschen Reichs an, so zum Beispiel die Gruppe „Exilregierung Deutsches Reich“. Die Behauptung, dass das Deutsche Reich noch heute bestehe, beruht unter anderem auf einem Urteil des Bundesverfas-

sungsgerichts von 1973 zur Bewertung des Grundlagenvertrags mit der DDR. In dem Urteil finden sich Formulierungen wie „das Deutsche Reich existiert fort“ und „die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht ‚Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches“. In dem Text steht aber auch, dass die Bundesrepublik als Staat identisch mit dem Staat Deutsches Reich sei. Laut der ständigen Rechtsprechung ist die Bundesrepublik mit dem Völkerrechtssubjekt Deutsches Reich identisch.

Das Grundgesetz gilt seit der Wiedervereinigung nicht mehr.

Reichsbürger behaupten, dass die Bundesrepublik mit der Wiedervereinigung aufgehört habe zu existieren. Das Argument hier: Die Streichung von Artikel 23 des Grundgesetzes, der die Möglichkeit der Wiedervereinigung beinhaltete. In diesem hieß es,

dass das Grundgesetz in anderen Teilen Deutschlands, nach deren Beitritt in Kraft zu setzen sei. Als das vereinte Deutschland aber auf Gebietsansprüche zum Beispiel in Polen verzichtete, wurde der Artikel gestrichen. Die Reichsbürger folgern hieraus, dass dem Grundgesetz der Geltungsbereich weggefallen ist und die Bundesrepublik aufgehört hat zu existieren. Auch hier lassen die Reichsbürger aber einen wesentlichen Punkt weg: Der neue Geltungsbereich des Grundgesetzes ist in seiner Präambel festgeschrieben. Dort heißt es: „Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.“

Die Bundesrepublik ist eine GmbH.

Reichsbürger sind der Ansicht, dass die Bundesrepublik Deutschland ein Unternehmen ist und die Bürger ihr Personal sind. Als Belege geben sie die Existenz der „Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH“

und des Personalausweises an. Tatsächlich ist die Finanzagentur GmbH eine bundes-eigene Firma, die sich um Kreditaufnahmen und Schuldenmanagement des Bundes kümmert.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag ist kein Friedensvertrag.

Nach dem Zweiten Weltkrieg schlossen Deutschland und seine Kriegsgegner keinen Friedensvertrag ab. Hiervon leiten die Reichsbürger ab, dass die Bundesrepublik keine Legitimation besitzt. Juristen sind sich allerdings darin einig, dass der Zwei-plus-Vier-Vertrag zwischen BRD, DDR und den vier Alliierten, der 1990 in Kraft trat, einen Friedensvertrag ersetzt.

Forderungen der deutschen Behörden sind illegitim und werden mit der Malta-Masche beantwortet.

Die Malta-Masche ist eine Methode, mit der Reichsbürger auf Bußgeldbescheide und andere Forderungen von Behörden reagieren. So versuchen sie, Geldforderungen von Richtern und Sachbearbeitern einzutreiben. Hierzu tragen sie ihre Forderung im Schuldnerregister des State Departments des US-Bundesstaates Washington ein. Die amerikanischen Behörden prüfen die Rechtmäßigkeit der Forderungen nicht und treten sie an Inkassounternehmen ab. Reichsbürger gründen auf Malta Inkassofirmen, die von den US-Behörden mit der Eintreibung der Forderungen beauftragt werden. Die Gerichte auf Malta wiederum überprüfen die Berechtigung der Forderungen nicht. Nach maltesischem Recht müssen die Betroffenen innerhalb von 30 Tagen vor Gericht erscheinen, um die Forderung zu bestreiten und damit die Rechtskraft abzuwenden. Ansonsten droht die Vollstreckung.

MJJ